

Ich hätte nicht Ja gesagt...

Autor(en): **Navarra, Pascale / Metzler-Arnold, Ruth / Gassmann, Verena**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die : Lesbenzeitschrift**

Band (Jahr): - **(2002)**

Heft 25

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-631105>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ich hätte nicht Ja gesagt ...

... wäre es den GegnerInnen bei dem Referendum gegen das Zürcher PartnerInnenschaftsgesetz nicht um etwas ganz anderes gegangen: darum, uns das Recht abzusprechen, als Lesben und Schwule zu leben. Dass 62,7 Prozent der Abstimmenden indirekt zu diesem Recht Ja gesagt haben, freut mich, das Gesetz an sich nicht. Auf zwei Ebenen lässt sich kritisch dagegen argumentieren: auf einer pragmatischen und auf einer grundsätzlich politischen.

Erstens: Das Gesetz führt zu keiner Gleichstellung. Als kantonales Gesetz kann es eben nur das regeln, was kantonal regelbar ist. Doch auch das geplante eidgenössische PartnerInnenschaftsgesetz behält insbesondere die Adoption als heilige Kuh heterosexuellen Paaren (und theoretisch Einzelpersonen) vor. Wäre eine echte Gleichstellung beabsichtigt, könnte einfach das Eherecht auf homosexuelle Paare ausgedehnt werden, bräuchte es kein Sondergesetz. Doch viele glauben an eine Politik der kleinen Schritte, vermerken, dass mit dem neuen Gesetz ein Signal gesetzt, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan sei. Doch wieso geben wir uns damit zufrieden, wieso sind wir dankbar für etwas, was längst selbstverständlich sein sollte, wieso fordern wir nicht selbstbewusst, was uns zusteht? Wenn wir das Recht auf Ehe wollen ... Ich will es nicht.

Und damit zur grundsätzlichen, politischen Seite: Jeder Einschluss einer Gruppe, schliesst andere aus (vgl. Sabine Hark in *Queering Demokratie*). Je mehr dazu gehören, desto grösser ist die Diskriminierung derer, die nicht dazugehören. Die Gleichstellung homosexueller Paare mit heterosexuellen diskriminiert «Paarungsresistente», Alleinstehende, Polygame, sich sexuell nicht eindeutig Zuordnende, ja sogar die nicht im selben Haushalt lebenden Paare ... Rechte wie das Aufenthaltsrecht für AusländerInnen an

eine PartnerInnenschaft zu knüpfen, bedeutet wiederum den Ausschluss derer, die keine Schweizerin/keinen Schweizer als PartnerIn aufweisen können.

Im Abstimmungskampf aufgefallen ist mir die Betonung der Gefühle. Müssen Lebensgemeinschaften emotional (und sexuell) abgestützt sein? Ist «Liebe» nur zwischen zweien möglich? Wie steht es um bewusst gewählte Gemeinschaften, die sich nicht auf eine sexuelle Beziehung abstützen? Ich möchte die Freiheit haben, einzeln zu wählen und zu bestimmen, wer mich im Spital besucht, für mich entscheidet, wenn ich dies nicht mehr selber kann, allenfalls mit mir zusammen Kinder grosszieht, die Finanzen mit mir teilt und mich schlussendlich beerbt, ohne 30 % des Erbes an den Staat abzuliefern. Dies muss nicht immer dieselbe Person sein und keineswegs zwingend die, mit der ich eine sexuelle Beziehung führe.

Wo bleibt da die progressive Kraft einer *queeren* Politik? Mit der Möglichkeit, die heterosexuelle Institution der Ehe zu übernehmen, werden wir eingebunden in eine konservative Gesellschaft. Das Anbieten an die Normen und Wertvorstellungen dieser Gesellschaft hat mich bei den Reden im Abstimmungskampf befremdet. «Queer Theory versucht Normen, Werte, Traditionen, Weltanschauungen, Theorien etc. zu hinterfragen ...» ((K)ein Geschlecht oder viele, S. 141). Wie sähe eine entsprechende Politik aus? Mutiger auf jeden Fall!

Verena Gassmann

Literatur

polymorph (Hg.): (K)ein Geschlecht oder viele? Querverlag, Berlin 2002 (siehe Buchbesprechung in dieser Nummer).

quaestio (Hg.): Queering Demokratie Querverlag, Berlin 2000 (siehe Buchbesprechung in die 18, Winter 2000).

Erfolgreiche Politarbeit

Kaum hatte die EDU das Referendum gegen das kantonsrätliche «JA» zur registrierten PartnerInnenschaft von Lesben und Schwulen eingegeben, wurde der Verein «JA zum Partnerschaftsgesetz» ins Leben gerufen. Die HAZ initiierte die Kampagne, in Zusammenarbeit mit der LOS und anderen Organisationen. Innerhalb kürzester Zeit wurden Aktionen geplant, Plakate, Postkarten, Fähnchen, T-Shirts, Caps, Pins, Ballone und ein ganzseitiges Namensinserat beim Tages-Anzeiger produziert, der Rainbow-Walk of Love am 8. September, Roundtables und zu guter Letzt die Vote-in-Party in der Toni-Molkerei organisiert.

Ein Dankeschön an alle SpenderInnen des Vereins – es kamen immerhin stolze 300 000 Franken zusammen – sowie an alle unbezahlten und bezahlten HelferInnen, Köpfe und Hände des Vereins! Was auch immer lesbe mit dem Resultat der Abstimmung vom 22. September macht, ohne diese intensive Politarbeit hätte das Ergebnis, und somit die Möglichkeiten, auch anders aussehen können.

Pascale Navarra

Stellungnahme aus Bern

Ich freue mich sehr über den deutlichen Volksentscheid in Zürich. Er zeigt, dass wir auch mit dem Gesetz auf Bundesebene auf dem richtigen Weg sind. Der Bundesrat wird noch dieses Jahr die Botschaft zuhanden des Parlaments verabschieden. Ich hoffe, dass es in den Räten zügig behandelt werden kann, damit der Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare endlich nichts mehr im Weg steht. Ich zähle hier auch auf die aktive Unterstützung der Betroffenen, ein politisch gangbares Projekt zu unterstützen – auch wenn nicht alle Maximalforderungen berücksichtigt werden können. Vor allem hoffe ich jedoch, dass mit diesem Gesetzesprojekt die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Liebe in unserer Gesellschaft stark zunimmt und als das anerkannt wird, was sie ist: Liebe zwischen zwei Menschen!

Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold,
15. 11. 2002